

**Gegenstand: Einführung einer Kulturförderabgabe auf Übernachtungen in Speyer;
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.06.2010
Vorlage: 0286/2010**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die bereits stattgefundene kurze Vorberatung im Fremdenverkehrsausschuss.

In der mündlichen Begründung führt Herr Schütt aus, dass im Zuge der Diskussion um die Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelbetriebe auch über deren Beteiligung an den Ausgaben der Stadt für das kulturelle Angebot nachgedacht werden muss. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet zunächst um Prüfung, ob eine solche Steuer rechtlich überhaupt möglich ist, bevor man über die Einführung entscheidet.

Herr Dr. Jung verweist auf das Beispiel Weimar, wo ein solches Konzept bereits seit einigen Jahren Anwendung findet und dort in der Stadt durchaus Zustimmung findet. Er hält eine Beteiligung des Arbeitskreises Tourismus für unerlässlich.

Herr Preuß äußert gewisse Bedenken gegen den Antrag. Die betroffenen Hotelbetriebe sollten nach Ansicht der SWG-Fraktion an der Entscheidungsfindung unbedingt von Anfang an beteiligt werden.

Herr Deutsch erinnert daran, dass die Herabsetzung der Mehrwertsteuer durch die derzeitige Regierung eine Anpassung an die Gegebenheiten in der Europäischen Gemeinschaft war und der europäischen Harmonisierung diene. Man muss bei der Entscheidungsfindung auch die Hotelsituation in Speyer berücksichtigen. Ein Speyerer Alleingang wäre kontraproduktiv. Deshalb müssen auch die Umlandgemeinden einbezogen werden. Daneben ist auch an Einrichtungen wie Campingplätze o.ä. zu denken.

Der Vorsitzende unterstreicht, dass zu Recht auf die Metropolregion hingewiesen wurde, in deren Rahmen eine solche Maßnahme abgestimmt werden muss. Er fasst folgendes Beratungsergebnis zusammen:

1. Durchführung einer umfassenden rechtlichen Prüfung
2. Einbeziehung der Fachausschüsse und der Betroffenen
3. Berücksichtigung des Umlandes

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die Verwaltung mit der Prüfung der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragten Kulturförderabgabe zu beauftragen. Die in der Sitzung vorgetragenen Zusatzaspekte sind dabei zu berücksichtigen.

Über das Ergebnis ist zunächst im Fremdenverkehrsausschuss zu berichten.